

Provisorische Nationalversammlung. — 16. Sitzung am 4. Februar 1919.

41

N.V./I.

Anfrage

des

Abgeordneten Karl Iro und Genossen an die Herren Staatssekretäre für Ackerbau, Volksernährung und Inneres, betreffend die Förderung eines vermehrten inländischen Getreideanbaues gegenüber den kostspieligen ausländischen Getreidebezügen.

Mit dem Bezug des teuren ausländischen Brotgetreides ist derzeit und für die nächste Zukunft eine beträchtliche, zirka 500 Millionen betragende Belastung der Steuerträger in Form einer Brotaufschlag verbunden, um für die Minderbemittelten eine Erhöhung des Brotpreises hintanzuhalten.

Um diese Belastung baldigst wieder zu beseitigen oder wenigstens herabzusetzen, ist eine intensive Erhöhung der einheimischen Getreideproduktion der einzige Ausweg.

Während der fünf Kriegsjahre sank infolge gänzlichen Mangels an Kunstdünger und infolge der starken Viehrequisitionen auch herabgeminderten Stalldüngers, infolge mangelnder Arbeitskräfte und oberflächlicher Bearbeitung der Ackerböden durch schwache Frauen und Kinder und gebrechliche Greise, der einheimische Getreidebau rapid.

Ohne staatliche Förderung ist eine Hebung der heimischen Getreideproduktion und damit eine wenigstens teilweise Emanzipierung vom ausländischen Bezug unmöglich. Hier muß raschestens eingegriffen werden.

Die Gefertigten richten daher an die eingangs genannten Herren Staatssekretäre die dringende Anfrage:

„Sind die betreffenden Staatsämter geneigt, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu tun, damit

1. noch vor dem beginnenden Frühjahrsanbau allen landwirtschaftlichen Korporationen und landwirtschaftlichen Bezirksverbänden in ausreichendem Maße der entsprechende Kunstdünger zur Verfügung gestellt und auch an die Ententestaaten wegen einer regelmäßigen Zufuhr von Düngemitteln nach Deutschösterreich sofort herangetreten wird?

2. Mit aller Beschleunigung an die Aufzucht unserer dezimierten Viehbestände geschritten und damit auch eine erhöhte Erzeugung von Stalldünger ermöglicht wird?

3. Sofort einen Arbeitszwang in der Richtung einzuführen, daß allen kompetenten Behörden der Auftrag erteilt wird, die Arbeitslosenunterstützung allüberall dort einzustellen, wo durch die Gemeindeämter oder die Arbeitsvermittlungstellen der Nachweis erbracht wird, daß Arbeitslosen entsprechende Arbeit angeboten, dieses Angebot aber von den Betreffenden abgelehnt wurde?“

Wien, 4. Februar 1919.

Reschmann.
Heine.
Dr. Herold.
Mich. Brandl.

Gruska.
Remetter.
Lufsch.
Goll.

Walzl.
Spies.
Groß.
Dr. Erler.

Karl Iro.
Ansförge.
Ragele.
Freißler.
F. Feld.